Asylbewerbern ihre Sozialhilfe nicht mehr in bar auszahlen. Seit Januar bekommen sie statt dessen Freßpakete ins Heim. 2000 Flüchtlinge verschwanden daraufhin schon im ersten Monat der neuen Regelung.

Durch das neue Asylrecht hoffen Kommunalpolitiker, die kaum noch Quartiere beschaffen können, nun auf weitere Erleichterung. In Berlin und Bayern etwa sollen zunächst die Notunterkünfte, zumeist teure Hotels und Pensionen, aufgegeben werden. Der Hamburger Senat will bis Jahresende 5 seiner 22 Containerdörfer schließen, falls die Zahl der Asylbewerber wie zu erwarten weiter sinkt.

In Thüringen seien die Unterkünfte „schon nicht mehr alle vollständig ausgelastet", sagt Eckehart Peters, Ausländerbeauftragter der Landesregierung. Seit April verteilt das bundesweit arbeitende Computersystem „Easy" (Erstaufnahme Asyl) die Flüchtlinge sofort gleichmäßig über die ganze Republik. Zuvor dauerte das oft Monate, worunter vor allem die neuen Bundesländer zu leiden hatten. Sie mußten die Zuwanderung der Asylbewerber aus Osteuropa auffangen.

Weil die Asylbewerber wegbleiben, kämpfen Kommunen und Heimleiter im Osten nun aber mit Problemen, die bald auch ihren Kollegen im Westen drohen.

Im Cottbusser Asylheim wohnten einst rund 1000 Flüchtlinge. Inzwischen sind es nur noch 300. Weil Zuschüsse und Tagessätze pro Kopf gezahlt werden, geht dem Heim jetzt das Geld aus. Von 43 Mitarbeitern werden bis Ende September nur noch 12 übrig sein, dem Rest wurde gekündigt. Selbst dringend nötige Dolmetscher mußten gehen, klagt Heimleiter Klaus Behrendt. Er könne seine Klienten inzwischen „nicht mehr betreuen", allenfalls „noch verwalten".

Im Kreis Oranienburg und in Potsdam haben bereits die ersten Heime dichtgemacht. „Gott sei Dank", sagt Siegfried Loewke, Sozialamtschef der Landeshauptstadt, habe die Arbeiterwohlfahrt beide Heime betrieben und nicht ein Privatunternehmen.

Manch andere Kommune könnte der Asylbewerbermangel teuer zu stehen kommen. Die Bürgermeister hätten teils „abenteuerliche Verträge" mit privaten Betreiberfirmen abgeschlossen, weiß Rupert Schröter vom brandenburgischen Sozialministerium.

Die Abmachungen, die den Asylunternehmern ihr Einkommen mancherorts auf Jahre hinaus garantieren, sind oft kaum zu lösen, es sei denn, die Kommunen zahlten Schadensersatz.

Hilfe in der Not hat Dieter Dombrowski, Landrat im brandenburgischen Rathenow, seinen Kollegen jetzt angeboten. „Der Kreis ist bereit", verkündete der Christdemokrat großzügig, „seine 250 Asylbewerber an andere Kommunen abzugeben."

Atommüll

Kleine Erblast

Plutonium-Reste aus DDR-Betrieben liegen ungesichert in Ostdeutschland. Bund und Länder können sich nicht über die Entsorgung einigen.

Der Hilferuf an den Bonner Umweltminister kam aus der Chefetage des Essener Bauunternehmens Hochtief. Wolfhard Leichner, für Technik zuständiges Vorstandsmitglied, bat Klaus Töpfer (CDU) vergangene Woche, ihn von einem kleinen, aber hochbrisanten Stück Müll zu befreien.

Hochtief-Strahlenbeauftragter Bahr (l.), Kollegen*: Wohin mit dem Plutonium?

Die Baumanager plagen sich mit einer alten Stahlkapsel, etwa so groß wie eine Filmdose. Der Inhalt: Plutonium.

Den strahlenden hochgiftigen Stoff hat Hochtief zusammen mit dem Ostbetrieb „Tief- und Talsperrenbau Weimar" übernommen. Das Vorgänger-Unternehmen hatte zu DDR-Zeiten die sogenannte Neutronenquelle für Messungen verwendet. Nun liegt das Strahlending in einem Bleibehälter im Labor des 200-Mann-Betriebs – und niemand weiß, wohin damit.

Immer wieder verhandelte der Hochtief-Strahlenbeauftragte Dieter Bahr mit den Thüringer Behörden über die kleine Erblast. Doch das Land erklärte sich beharrlich außerstande, das Plutonium zu beseitigen. Der Hilferuf in Bonn brachte jedoch auch nichts: Die Entsorgung sei Ländersache, ließ Töpfer nach Essen ausrichten. Fertig.

Der Bonner pocht auf die Kompetenzordnung, weil er einen Präzedenzfall fürchtet.

In Ostdeutschland lagern etwa eineinhalb Kilogramm Plutonium, verteilt über das Land in winzigen Portionen. Betroffen sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen der Baubranche, darunter auch Treuhand-Betriebe. Einen Teil der über 300 Strahlenquellen, die bis zu 150 Gramm Plutonium enthalten, haben die Landesbehörden bereits an zentralen Stellen wie dem Kernkraftwerk Greifswald untergebracht. Der Rest lagert noch bei Betrieben und Forschungsinstituten.

Die Plutonium-Besitzer sind Leidtragende einer absurden Situation: Weniger gefährliche Stoffe können die Unternehmen problemlos weggeben – dafür gibt es in allen Ost-Ländern Sammelstellen. Die haben aber meist keine Genehmigung für die Annahme so giftiger Stoffe wie Plutonium. Die Folge: Gerade das besonders heikle Material lagert bei den Betrieben.

Da liegt es schlecht. Plutonium, warnt Christian Küppers vom Öko-Institut Darmstadt, sei „das Giftigste, was Menschen jemals erfunden haben". Winzige Mengen, mit dem Auge gar nicht mehr wahrnehmbar, führen bereits zu Leber-, Knochen- und Lungenkrebs.

Schlimmstes Szenario der Strahlenschützer: Plutonium-Staub könnte in

* Vor dem Plutonium-Lager in Weimar.

Klimaanlagen großer Bürogebäude oder ins Trinkwasser eingeschleust werden. „Eine einzige Strahlenquelle würde reichen, um einen Stadtteil wie Berlin-Kreuzberg außer Gefecht zu setzen", warnt Michael Roelen, Geschäftsführer der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges. „Da müßten hunderttausend Leute auf einen Schlag evakuiert werden."

Solche Überlegungen hält Herwig Paretzki, Direktor des bundeseigenen Instituts für Strahlenschutz in München, für „unwahrscheinliche Rechenspiele". Aber auch er sagt: „Die kleinen radioaktiven Quellen machen uns viel mehr Bauchweh als alle Atomkraftwerke zusammen. Da ist schwerer zu kontrollieren, daß das Zeug nicht an die Falschen gelangt."

Das ist möglicherweise schon passiert. Zwei der strahlenden Stahlkapseln sind nicht auffindbar. Eine ging vermutlich noch zu DDR-Zeiten verloren, das Schicksal der anderen ist völlig unklar.

Wahrscheinlich ist in den Wirren des DDR-Untergangs noch viel mehr verschwunden. In einer internen Aufstellung des Dresdner Umweltministeriums heißt es beispielsweise, in Sachsen gebe es eine schwer abschätzbare „gewisse Dunkelziffer" an Plutonium-Quellen.

So fahnden Strahlenexperten überall im Osten nach Rauchmeldern aus Uralt-Sowjetproduktion. Eine große Zahl der plutoniumhaltigen Spürgeräte hing in DDR-Betrieben. Einige tausend soll es davon in den neuen Ländern noch geben, aber die genaue Zahl und Lagerstätten kennt niemand.

Die kleinen Rauchmelder (Plutonium-Gehalt: vier bis acht Milligramm) sind mittlerweile zur Handelsware auf dem Atom-Schwarzmarkt geworden. Im April wurden bei einem Einbruch in einem Technik-Handelsunternehmen im sächsischen Delitzsch 120 plutoniumhaltige Rauchmelder gestohlen. In Berlin flogen gerade erst einige Händler auf, die solche Strahler verhökern wollten.

Der Bund könnte, anders als die meisten Ost-Länder, sämtliche Plutonium-Kapseln vergleichsweise problemlos unterbringen. Schließlich lagern im bundeseigenen Plutonium-Bunker in Hanau sowieso 1,2 Tonnen des Kernbrennstoffs.

„Die Strahlenquellen aus Sachsen ließen sich bequem in drei Schuhkartons unterbringen", empört sich deshalb Siegmar Nagel, Referatsleiter für Kernanlagen im Dresdner Umweltministerium. „Dafür muß doch in Hanau noch irgendwo Platz sein."

Ist aber nicht. Bund und Länder haben sich statt dessen in einen skurrilen Streit um die richtige Auslegung des Atomgesetzes verstrickt.

Bonn pocht darauf, daß es sich bei den Giftkapseln rechtlich um radioaktive Abfälle handelt. Dafür sind laut Atomgesetz tatsächlich die Länder zuständig. Die wiederum führen Paragraphen an, wonach die Quellen Kernbrennstoffe sind – und damit Sache des Bundes.

Die Lösung des Problems stellt sich Töpfer so vor: Solange ein Land keine geeigneten Sammelstellen hat, sollen Forschungsinstitute und Unternehmen mit strahlensicheren Lagerräumen dazu verpflichtet werden, auch fremde Plutonium-Quellen aufzunehmen.

Schlechte Aussichten für die Hochtief-Manager: Weil die Weimarer Niederlassung einen so guten Panzerschrank hat, muß sie womöglich auch noch den Strahlenmüll der Konkurrenz bei sich einquartieren. ❑

Rechtsextremisten

Germanische Urdemokratie

Verbotene Neonazi-Gruppen organisieren sich neu – nach dem Vorbild der linken Autonomen.

Frank Hübner, 27, Bundesvorsitzender der verbotenen Neonazi-Truppe Deutsche Alternative (DA), sieht Grund zur Freude: „Die Grenzen fallen schneller, als viele denken." Der Cottbusser Rechtsextremist beobachtet schadenfroh, wie eine Aktion des damaligen Bundesinnenministers Rudolf Seiters (CDU) seine eigenen Pläne beflügelt.

Ende letzten Jahres hatte Seiters, als „deutliche Warnung an den Extremismus", die militanten Neonazi-Parteien DA, Nationale Offensive (NO) und Nationalistische Front (NF) mit insgesamt rund 600 Mitgliedern verboten. Seither sind die scharfen Trennungslinien, die zwischen den konkurrierenden Gruppen herrschten, verschwunden.

Zwar versucht die Polizei, mit Razzien und Festnahmen die Szene auszutrocknen. Vorige Woche gab es bei 75 DA-Mitgliedern und zahlreichen Skinheads Hausdurchsuchungen, in Baden-Württemberg verbot Innenminister Frieder Birzele (SPD) die rund 30 Mitglieder starke Heimattreue Vereinigung Deutschlands. Bereits vorigen Monat hatte der neue bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) den Nationalen Block (etwa 40 Mitglieder) verboten.

Doch solche Maßnahmen tragen offenbar eher dazu bei, daß die militanten Kerntruppen enger zusammenrücken. Verfassungsschützer orten inzwischen ein Netz rechter Strukturen nach dem Vorbild der linksextremen Autonomen, das durch Verbote kaum zu treffen ist.

Lagen die Anführer der braunen Szene jahrelang im Streit um den rechten Weg, sitzen die Rivalen von einst wie Hübner, NO-Vorsitzender Michael Swierczek, 31, und NF-Boß Meinolf Schönborn, 38, jetzt immer häufiger einträchtig beisammen und schmieden Pläne.

Treibende Kraft der Vernetzung ist Swierczek, der die braunen Kameraden zwischen München und Cottbus seit März monatlich mit dem Rundbrief *Rechtskampf* versorgt. Darin gibt Swierczek

Neonazi-Führer Hübner (r.), Anhänger: „Die Grenzen fallen"